

Sozialismus des 21. Jahrhunderts am Ende?

Vortrag von Helge Buttkereit am 2. Dezember 2017 in Wuppertal

1) Venezuela im Herbst 2017: Eine Bestandsaufnahme

Venezuela befindet sich in einer Dauerkrise und das spätestens seit dem Tod von Hugo Chavez im März 2013. Dieses Jahr hat sie ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, ich nenne nur die gewalttätigen Proteste der Opposition, die Destabilisierungsversuche durch die Organisation Amerikanischer Staaten und die Sanktionen der USA. Es fehlt an Lebensmitteln und Medikamenten. Der niedrige Ölpreis macht der venezolanischen Regierung seit Jahren zu schaffen, denn durch die gesunkenen Einnahmen gibt es Probleme beim Import notwendiger Güter und bei der Zahlung von Staatsanleihen. Durch die Sanktionen wird die Umschuldung erschwert, die auf dem regulären Markt durch neue Anleihen sowohl für den Staat als auch den staatlichen Erdölkonzern PDVSA kaum noch möglich ist. Bislang konnte das Land auf Russland und China ausweichen, die sich ihre Unterstützung vor allem mit Öl bezahlen lassen. Aber wie lange geht das gut? Von einer möglichen Staatspleite ist schon oft geschrieben worden, die Ratingagenturen führen Venezuela zum Teil schon als Zahlungsausfall. Allerdings ist das Land „too big to fail“, schrieb zuletzt Bloomberg.

Die Lage ist ernst. Dennoch hat die Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas, die PSUV, die meisten Gouverneurswahlen in den 23 Bundesstaaten im Oktober gewonnen, nur fünf Posten gingen an die Opposition. Sie ist in den vergangenen gut zehn Jahren im sogenannten „Tisch der demokratischen Einheit“ zusammengeschlossen aber es zeigen sich mittlerweile offene Brüche. Einige Parteien sind nicht zur Gouverneurswahl angetreten und danach gab es neue Differenzen, weil die vier Gouverneure der sozialdemokratischen Partei Accion Democratica sich von der Verfassungsgebenden Versammlung haben vereidigen lassen. Der fünfte Gouverneur weigerte sich, in seinem Bundesstaat soll im Dezember neu gewählt werden.

Der Hauptgrund für den erneuten Sieg der Regierungspartei ist wohl zum einen, dass es ihr mit der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung gelungen ist, die angespannte Lage im Land einigermaßen zu befrieden. Von den gewaltsamen Protesten einiger Radikaler der Opposition, hatten die meisten Venezolaner genug. Es kam nichts dabei herum, die Opposition hat nach wie vor kaum ein anderes Ziel als den Sturz der Regierung und verfolgt kein Programm außer vielleicht den Abbau der Sozialprogramme. Das hat sie in den knapp zwei Jahren, in denen sie das Parlament beherrscht, deutlich zur Schau gestellt. Im Übrigen hat sie als sogenannte demokratische Opposition kürzlich vom Europaparlament den diesjährigen Sacharow-Preis bekommen. Hierzu eine kleine Anmerkung: 2011 bekamen den gleichen Preis die Aktivisten des Arabischen Frühlings, der startet, nachdem sich einer der ihnen in Tunesien angezündet hatte. Die venezolanische Opposition hingegen zündet ihre Gegner an.

Die Regierung könnte in die Offensive gehen. Aber es ist nicht klar, wohin diese führen könnte. Inwieweit die Verfassungsgebende Versammlung in der Lage ist, wirklich eine neue, verbesserte Verfassung zu schreiben, ist ebenso unklar wie die Frage, ob die Regierung es schafft, die immensen wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Nach der bisherigen Erfahrung darf man wohl behaupten, dass es eher nicht danach aussieht. Mehr als neue Preiskontrollen bei Waren des täglichen Bedarfs und unbrauchbare Kontrollen der Wechselkurse scheinen ihr derzeit nicht einzufallen. Allerdings sollte mit diesem Ergebnis der Ausgang der anstehende Präsidentschaftswahl, bei der Präsident Maduro wieder antreten will, im kommenden Jahr offen sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die Opposition nicht zusammenrauft. Gerade haben wieder Gespräche zwischen Regierung Opposition begonnen, was dabei herauskommt, ist offen. Ich würde auf jeden Fall derzeit nicht von einem Ende des Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela sprechen.

2) Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Bevor ich die aktuellen Problemen und Chancen – ja auch die gibt es – der venezolanischen Gegenwart vertiefe, will ich ein wenig allgemeiner werden und versuchen, die Merkmale des heutigen Venezuela in drei Definitionen herauszuarbeiten. Hugo Chávez begann 2005 von einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu sprechen, den er gemeinsam mit seiner Bewegung in Venezuela zu erkämpfen gedenkt. Eine genaue Definition dieses Sozialismus ist schwierig, zumal sich das Land in einem Prozess, in einer Auseinandersetzung um eine neue Gesellschaft befindet und dabei immer wieder in alte Vorstellungen zurückfällt. Um die Spannungsverhältnisse, die zwischen verschiedenen Akteuren in Venezuela bestehen, soll es im Folgenden gehen. Und dabei geht es immer auch um die Schwierigkeiten und Rückschläge beim Aufbau einer neuen Gesellschaft im Allgemeinen.

Zuvor will ich aber versuchen, anhand der Aussagen von Hugo Chávez und ersten Hinweisen aus der Verfassung eine allgemeine Zielstellung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts abzuleiten. Im zweiten Definitionsschritt geht es dann um die Praxis des Ölsozialismus, also einen Sozialismus, der sich auf die Einnahmen aus der Ölförderung stützt. Denn dies ist die ökonomische Realität im heutigen Venezuela. Im dritten Schritt möchte ich dann kurz meine Überlegungen zur „Utopischen Realpolitik“ erläutern, eine auf den ersten Blick paradoxe Begriffskombination mit dem ich vor sieben Jahren mein erstes Buch zur Neuen Linken Lateinamerikas überschrieben habe.

Zuerst aber ein paar Worte zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Spätestens seit seiner Rede auf dem Weltsozialforum 2005 nahm Hugo Chávez das Wort „Sozialismus“ öffentlich in den Mund. Ich zitiere ein paar Sätze aus der Rede: „Der Kapitalismus ist die Barbarei. Ich bin jeden Tag mehr der Überzeugung, und daran habe ich nicht den geringsten Zweifel, dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden. Aber ich füge hinzu: Den Kapitalismus kann man nicht innerhalb des Kapitalismus überwinden. Nein, der Kapitalismus muss auf dem Weg des Sozialismus überwunden werden. Der Weg, auf dem das kapitalistische Modell überwunden wird, ist der wirkliche Sozialismus, die Gleichheit, die Gerechtigkeit.“

Sicher, eine genaue Definition sieht anders aus. Klar macht Chávez aber auf jeden Fall, dass es sich um einen Weg, einen Prozess handelt. Chávez Rede weist ein wenig weiter in eine Richtung, die bereits die Verfassung von 1999 vorgegeben hat. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Michael A. Lebowitz, der lange Zeit in Venezuela gelebt hat und der auch als Berater der bolivarianischen Bewegung fungierte, hat in seinen Schriften verschiedentlich auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Die sozioökonomische Ordnung Venezuelas soll auf der „umfassenden menschlichen Entwicklung“, so Artikel 299 der venezolanischen Verfassung, beruhen. Bildung hat das Ziel, „das schöpferische Potential jedes Menschen zu entwickeln und die volle Entfaltung der Persönlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten“, (so Artikel 102) und die Beteiligung des Volkes wird als notwendig beschrieben, um „seine umfassende individuelle wie kollektive Entwicklung“ zu gewährleisten (so Artikel 62). Das sind eindeutig Elemente eines Sozialismus im 21. Jahrhunderts, die es im konkreten Kampf zu erringen gilt, wie Lebowitz schreibt.

Für Lebowitz ist Sozialismus die Grundlage „echter menschlicher Entwicklung“, wobei er explizit die Entwicklung des Menschen, die Entwicklung des Subjekts in den Mittelpunkt stellt und sich dabei auf die grundlegende Aussage von Karl Marx aus den Feuerbachthesen bezieht: „In der revolutionären Tätigkeit fällt das Sich-Verändern mit dem Verändern der Umstände zusammen“. Lebowitz spricht mit Bezug auf Chávez vom „sozialistischen Dreieck“. Das Dreieck besteht aus den folgenden Bestandteilen: Erstens dem gesellschaftlichen Besitz an Produktionsmitteln, zweitens der Organisation der Produktion durch die Arbeiter und drittens der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in einer solidarischen Gesellschaft. Dabei gehören die drei Teile zusammen, bilden nur

zusammen das „organische System“ des Sozialismus und können nur gemeinsam das „organische System“ des Kapitalismus überwinden.

Diese allgemeinen Aussagen müssen natürlich mit Leben gefüllt werden, was in Venezuela auf verschiedene Weise geschehen ist und immer noch geschieht, wobei es viele Rückschläge gab und immer wieder neue Hindernisse zu überwinden gilt. Auf allen Seiten. Entscheidend ist, dass der Sozialismus von den Menschen ausgeht und auch nur über sie und von ihnen zu realisieren ist. Das Ziel ist die Entfaltung des menschlichen Potentials, das aber aufgrund der kapitalistischen Realität – das Sein bestimmt das Bewusstsein – noch nicht dazu in der Lage ist, sofort sich zu entfalten. Vielmehr ist das Bewusstsein im Kapitalismus entstanden, von ihm geprägt. Es sorgt immer wieder dafür, dass Korruption und Klientelismus den Prozess der Revolutionierung der Verhältnisse und der Menschen aufhalten. Um das zu verstehen, muss man die ökonomische Realität in Venezuela in den Blick nehmen.

3) Ölsozialismus

Die Auseinandersetzungen in Venezuela lassen sich auf den Konflikt um die Verteilung der Ölfrente zurückführen. Nachdem Hugo Chávez und seine Regierung 2003 endgültig die Kontrolle über die nationalen Rohstoffe erlangt hatten, wurden die Öleinnahmen entgegen den Spielregeln des Weltmarkts für Sozialausgaben eingesetzt und damit den Armen des Landes ein besseres Auskommen gesichert. Mit der Praxis der Umverteilung der Öleinnahmen begehrte Venezuela gegen die USA auf, die den Weltmarkt beherrscht und den Anspruch auf freie Verfügbarkeit der strategischen Rohstoffe stellt.

Das Paradoxe der Entwicklung in Venezuela ist bisher, dass das Geschäftsinteresse der USA, Venezuela Öl abzukufen, für Fortbestand und Vertiefung der Revolution notwendig ist. Solange der Ölpreis hoch genug war, das Öl also knapp und die USA auf Venezuela als Lieferanten angewiesen war, war dieser fundamentale Widerspruch auszuhalten, die Sozialausgaben konnten permanent gesteigert werden. Der Ölsozialismus unter Hugo Chavez war vor allem ein Umverteilungsprogramm der Ölfrente, von der die Opposition und ihre Unterstützer aus den alten Eliten zwar nicht abgeschnitten waren, die sie aber nicht mehr kontrollierten. Nun müssen sie die Einnahmen mit den Ärmsten teilen sowie mit einer neuen Elite, die sich ebenfalls kräftig bedient. Auf das Problem der Korruption im Staat ist noch zurückzukommen.

Durch die Abhängigkeit vom Öl ist der Ölpreis ein Mittel, um das bolivarianische Projekt in Venezuela in eine existenzielle Krise zu stürzen, was spätestens seit 2014 passiert – unter Federführung der USA, die im eigenen Land durch Fracking immer mehr Öl fördert und den Preis drückt. Es zeigt sich, dass es im globalen Kapitalismus keinen Platz für Armutsbekämpfungsprogramme gibt, die dauerhaft mit Öleinnahmen finanziert werden. Die den Weltmarkt beherrschenden Staaten standen ohnehin von Anfang an in Opposition zum bolivarianischen Projekt und ließen auch in Zeiten hoher Ölpreise keine Möglichkeit unversucht, die venezolanische Regierung zu stürzen. Die Sanktionen der US-Regierung unter Trump aus dem August dieses Jahres oder die Strafmaßnahmen der EU, die im November beschlossen wurden, stehen deshalb in einer langen Tradition.

Bis heute ist Venezuela stark von Importen abhängig und diese können nur durch die Ölmilliarden bezahlt werden. Durch die Sanktionen der USA ist es in den vergangenen Wochen dabei schon zu Fällen gekommen, in denen Exporte aufgehalten wurden. Gleichzeitig fehlt der staatlichen Ölgesellschaft das Geld zum einen für notwendige Investitionen und für Einkäufe von raffiniertem Öl vor allem aus den USA. Gleichzeitig ist Benzin quasi kostenlos. Das, die regulierten Preise und die viel zu geringen offiziellen Wechselkurse befördern Schmuggel und steigern die Inflation. Aber selbst wenn dieses Problem überwunden entscheidend angegangen wird, wäre das noch keine

Lösung des Dilemmas. Ein Sozialismus, der allein auf Öl (oder auf den Verkauf anderer Rohstoffe) aufgebaut ist, kann nicht funktionieren – das zeigt das Beispiel Venezuelas. Industrie und Landwirtschaft müssten aufgebaut werden, wogegen wiederum die Öldollar und die Importe stehen, die es einheimischen Produzenten erschweren, auf dem Markt Fuß zu fassen. Denn die Marktmechanismen funktionieren in Venezuela knallhart, im Land herrscht die kapitalistische Produktionsweise weiterhin vor.

Führende Aktivisten in Venezuela, aber auch ihre Unterstützer in anderen Ländern sehen ein Mittel gegen die Krise und für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in der Verstaatlichung aller Ressourcen und Banken. Das aber würde die Bürokratie weiter stärken. Beim staatlichen Ölkonzern sehen wir, welche Probleme eine Verstaatlichung hat, wenn sich die Akteure, die konkreten Arbeiter und Angestellten im Unternehmen im Sinne des Prinzips des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ verändern, es also mindestens ein begleitendes Bildungsprogramm gibt.

„Öl säen bedeutet Korruption säen“, hat der Aktivist und Journalist Raul Zibechi einen in Venezuela beliebten Satz über das Säen von Öl abgewandelt. Wie tief verstrickt auch die oberste Führungsspitze des Ölkonzerns in der Korruption zu sein scheint, zeigen die derzeitigen Ermittlungen. Die Frage ist, wie mit dem Problem umgegangen wird, denn es wäre keine Lösung, jetzt die Mitarbeiter massenhaft ins Gefängnis zu bringen. Korruption muss aufgedeckt und beseitigt werden und auf jeden Fall muss eine gesellschaftliche Produktion aufgebaut werden, denn ohne Veränderung der Umstände und der Menschen, wird es keinen Sozialismus geben.

4) *Utopische Realpolitik*

Chavéz-Biograph Christoph Twickel hat einen treffenden Begriff gefunden, um die Politik der Linksregierungen Lateinamerikas zu beschreiben. Twickel hat 2008 in einem kleinen Aufsatz zur Politik Venezuelas folgendes geschrieben: „Chávez macht utopische Realpolitik. Er setzt auf Entwicklung jenseits der Weltmarkt-Konkurrenz.“ Der Rohstoff-Reichtum werde eingesetzt, um „soziale, agrarische und industrieproduktive Entwicklung zu fördern und sich nicht den vom Norden dominierten Bedingungen des Weltmarkts beugen zu müssen“.

Diese knappe Beschreibung zumindest des Nahziels der konkreten Utopie in Lateinamerika steht letztlich immer noch hinter der Politik des heutigen Venezuelas, auch wenn wir konstatieren müssen, dass viele Versuche gescheitert sind. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass der Versuch, den Weltmarkt zu nutzen, um die Abhängigkeit von ihm zu überwinden, auf Widerstände sowohl im eigenen Land als auch auf Widerstände von Seiten des Imperiums stößt. Zudem gibt es strukturelle Probleme, die dem einfachen Einsatz der Ölrente für die Entwicklung entgegen stehen, davon war gerade die Rede.

Gleichwohl halte ich den Begriff der Utopischen Realpolitik weiterhin für das Verständnis der Entwicklungen in Venezuela für hilfreich, gerade auch, um sich mit den konkreten Problemen und Möglichkeiten einer Linksregierung generell, wie es sie in Venezuela bei aller Kritik an der Politik noch gibt, auseinander zu setzen. Schließlich muss internationale Solidarität wissen, mit wem und in welcher Weise Solidarität geübt wird. Unabdingbar dafür ist das Festhalten an der konkreten Utopie beim Blick auf die konkreten Verhältnisse, denn nur wer das Ziel kennt, kann auch den Weg dahin beschreiten oder ihn, für unseren Fall, kritisch-solidarisch begleiten.

Die konkrete Utopie im Sinne von Ernst Bloch geht immer vom Möglichen aus, verwechselt die Gegenwart und die aktuelle Politik aber nie mit dem angestrebten Ziel. Wir können in Anlehnung an Bloch von einer Dialektik von Nah- und Fernziel sprechen, beide finden sich auch im Begriff der utopischen Realpolitik wieder. Rosa Luxemburg sprach von radikaler Realpolitik. Dabei darf das

pragmatisch erreichbare Nahziel nie den Blick auf das Fernziel verstellen, sondern es muss dieses immer einen oder mehrere Schritte erreichbar machen.

Nehmen wir dies ernst, müssen wir uns also immer wieder an das Fernziel erinnern – ich habe dies bereits am Anfang des Vortrags mit dem Bezug auf den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ getan. Die Erinnerung an das Fernziel ist wichtig, um die konkrete Politik zum Erreichen von Nahzielen, einzuordnen, um kritisch solidarisch zu sein. Gleichzeitig wird das Fernziel bestenfalls durch die erreichten Nahziele immer ein wenig sichtbarer und konkreter.

Die Frage, die Rudi Dutschke in Anlehnung an Bloch formulierte, ist immer noch aktuell und gilt für Lateinamerika ebenso wie in anderer Weise für uns: „Wie gehen Nahziel und Fernziel des Sozialismus ineinander, wie beenden wir die Ausbeutung und verwirklichen die Freiheit?“ Sozialismus ist bei Dutschke kein Mythos der Ferne, sondern „konkret utopische Perspektive der Gegenwart“. In diesem Sinne verstehe ich auch Hugo Chávez. Er sagte zu der Situation vor seine Wahl 1998: „Das Volk forderte wieder sein Recht zu träumen ein und, mehr noch, nahm seine Verpflichtung wahr, für diesen Traum zu kämpfen. Auf diese Weise kehrte die Idee der politischen Utopie in das nationale Bewusstsein zurück.“ Diese Utopie wurde zumindest teilweise in der Verfassung festgehalten, ich habe darauf hingewiesen. Und sie manifestiert sich zum Teil in der Praxis

Die boliviarische Revolution schreibt sich auf die Fahnen, eine protagonistische zu sein, also von den Menschen als Protagonisten auszugehen. Es geht nicht nur um die Verteilung der Ölmilliarden von oben, sondern die Menschen an der Basis sollen sich selbst um die Verteilung kümmern, soll sich selbst organisieren. Dies ist zunächst ein Nahziel, ein realpolitischer Mechanismus, der sich aber bestenfalls in Richtung des Fernziels, der Utopie eines selbstorganisierten Volkes erweitert.

Die Menschen in Venezuela bildeten schon ab 1999, verstärkt nach 2003 Komitees für Gesundheit, Boden, Wasser und vieles mehr. Sie konstituierten kommunale Räte, die eine Basis der beschriebenen Utopie des selbstorganisierten Volkes sind, wobei ihre Beschränkung auf das konkrete kommunale Umfeld, auf die Infrastruktur vor Ort, auch zeigt, dass zur Organisation noch mehr dazugehört. Das Grundprinzip der Sozialprogramme hat bis heute das Volk organisiert und politisiert sowie die Menschen durch die andere Praxis im Sinne des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ verändert.

Rommel Acosta, ein Aktivist in einem Barrio in Caracas, hat das mir gegenüber 2010 so ausgedrückt und mir damit gleich den Titel für mein Buch über die Basisbewegung in Venezuela geliefert: „Wir haben jetzt schon keine Angst mehr vor denen, die Schlips und Aktenkoffer tragen. Wir haben gelernt, können auch jegliche Konversation angehen und sind mit ihnen gleichgestellt. In Wirklichkeit sind wir alle gleich.“ Das dahinter liegende Prinzip kehrt immer wieder positiv in der politische Gegenwart zurück, weswegen ich auch nicht von einem Ende der sozialistischen Perspektive in Venezuela sprechen will.

Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Protagonisten der neuen Politik von den Verhältnissen und ihrer Veränderung im Prozess der boliviarischen Revolution selbst verändert werden. Das ist eine Notwendigkeit aber auch eine Gefahr. Dieser Mechanismus kann als Lernprozess verstanden eine Chance zur näheren Bestimmung des Fernziels sein. In der Praxis hat sich bislang aber auch gezeigt, dass hinter den neu entstanden Strukturen neue Formen von Korruption und Abhängigkeit entstanden sind. Und das auch, weil der Protagonismus nicht in alle Bereiche der Gesellschaft durch dekliniert wurde. Oft wurde und wird die Bedeutung der konkreten Beteiligten, ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen an jeder Position im Staat und in der Gesellschaft oft nicht gesehen oder wollte nicht gesehen werden. Das hat zu Bürokratismus, zu Überforderung und eben zu Korruption geführt. Zudem besteht durch die Verteilung von Gütern von oben, den

sozialdemokratischen Verteilungspolitik, die Gefahr, dass sich das Volk auf den bereits erreichten Errungenschaften, der Verbesserung des Lebensstandards und ähnlichem, ausruht und nicht an ihrer Verstetigung arbeitet. Wenn dies zudem immer wieder durch eine untätige und korrupte Führung begleitet wird, die Initiativen von der Basis nur dann gut heißt, wenn diese die Regierung uneingeschränkt unterstützt, gibt es immer wieder neue Rückschläge.

5) *Zum Stand des revolutionären Prozesses*

Ein aktueller Blick auf Aktivitäten der Basis der Revolution lohnt auf jeden Fall. Der jahrelange Aufbau von Organisationen von unten insbesondere in den Armenvierteln und auf dem Land hat Früchte getragen. Nehmen wir den Aufbau von „Lokalen Komitees zur Versorgung und Produktion“, der vor etwa zwei Jahren begonnen wurde. Sie sollten zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln beitragen und tun dies teilweise auch. Die Schlangen vor den Supermärkten sind kürzer geworden und durch den direkten Zugriff auf die notwendigen Güter gibt es weniger Mangel an einigen Grundnahrungsmitteln wie Öl, Maismehl, Milchpulver und Zucker.

Zwar folgen die besagten Komitees, von oben betrachtet, der in Venezuela weit verbreiteten Verteilungspolitik. Der Staat verteilt diesmal Lebensmittel. Vor Ort entstehen aber auch weitergehende Initiativen, um die Abhängigkeit von den großen Lebensmittelkonzernen zu verringern. Mittlerweile bauen viele Venezolaner ihre eigenen Lebensmittel an, ein neues Ministerium für städtische Landwirtschaft ist entstanden und die Versuche, direkte Verbindungen zwischen Konsumenten und Produzenten herzustellen leben wieder auf. Pragmatismus und revolutionäre Visionen treffen zusammen, hat kürzlich die Aktivistin und Wissenschaftlerin Christina Schiavoni zusammengefasst. Sie lebt in einem Armenviertel in Caracas – in dem selben, in dem ich vor sieben Jahren mit dem eben erwähnten Rommel Acosta gesprochen habe.

Christina Schiavoni beschreibt die „Lokalen Komitees zur Versorgung und Produktion“ wie folgt: „Durch diese Komitees organisieren sich die Comunidades selbst, um direkt mit der Regierung den Zugang zu und die Verteilung der Basisprodukte zu koordinieren, die in den Supermärkten fehlen. Die Familie, mit der ich lebe, bekommt jetzt ein großes Monatspaket mit Maismehl und anderen Grundbedarfsgütern.“ Und sie beschreibt die Kultur der Organisation vor Ort: „El Valle ist eine Keimzelle der Organisation und politischen Mobilisierung der Comunidad, die das Lebenselixier der Bolivarischen Revolution bildet. Versammlungen der Anwohner, sowohl geplant wie spontan, sind die Regel. Kurz nach meiner Ankunft war eines der Hauptprobleme, um das herum sich Leute organisiert haben, die Lebensmittelverteilung, besonders mittels der Claps. Ich nahm an einem *sancocho* teil [einer Versammlung bei einem Eintopf, man könnte es vielleicht mit einer Volksküche vergleichen], wo Leiter verschiedener Claps in El Valle zusammentrafen, um über Logistik und Politik zu sprechen. Die Vorstellungen gingen weit über die Verteilung von Nahrungsmitteln im Notfall hinaus hin zu einer neuen Art sozio-ökonomischer Aktivitäten in den Comunidades, um ihnen mehr Autonomie zu verleihen und die Macht des privaten Lebensmittelindustrie-Komplexes im Land zu reduzieren.“

Auch auf dem Land gibt es viele Initiativen der dortigen Kommunen, wie die Zusammenschlüsse der lokalen kommunalen Räte heißen. Allerdings kommen die Aktivisten kaum voran und sehen sich von den Behörden blockiert. Mehrere Kleinbauern sind beispielsweise wegen Verdacht des Schmuggels verhaftet worden, weil sie selbst produzierte Lebensmittel nach Caracas bringen und dort verkaufen wollten. Ein bereits vor Jahren geplantes Unternehmen, in dem 500 ländliche Kommunen zusammenarbeiten sollten um die Lieferungen von Agrarprodukten vom Land in die Stadt zu organisieren, kommt nicht voran. Die Bürokratie in Venezuela behindert hier wie anderswo den Aufbau neuer Strukturen.

Die Aktivisten vom Land protestierten Anfang Oktober in Caracas und forderten die Verfassungsgebende Versammlung zum Handeln auf. So sind zwar Mitglieder der Kommunen in die Versammlung gewählt worden, die Diskussion mit den Vertretern vor Ort fand bislang aber kaum statt. Eine Kommunardin und Aktivistin der bäuerlichen „Revolutionären Strömung Bolívar und Zamora“ im Bundesstaat Táchira, kritisiert ebenfalls, dass die Regierung die Kommunen aufgrund von Machtinteressen übergehe. Sie fasste jüngst in einem Interview einige Forderungen der Bewegung an die Verfassungsgebende Versammlung zusammen: „Die Kommunen-Bewegung hat diskutiert, was in der Verfassung stehen sollte, und eines der Kapitel muss die Verantwortlichkeiten, Rechte und Aufgaben der Kommunalen Räte und Kommunen festschreiben, so dass jede Einrichtung die Macht hat zu handeln. Außerdem haben wir vorgeschlagen, den Kommunen einen gewissen Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes für die Produktion in ihren Territorien zuzuteilen, so dass sie mit der Zeit selbsttragend werden.“

6) *Organisationsfrage I: Die PSUV zwischen Basis und Regierung*

Die Frage stellt sich, warum das nicht passiert, warum die Produktion in den Kommunen nicht anläuft und unterstützt wird. Die Antwort hat, abseits des grundlegenden Problems der Ölrentenökonomie, zwei Seiten. Zum einen ist der Staat zu nennen, die Staatsbeamten, die kein Interesse daran haben, die Menschen an der Basis zur weiteren Vertiefung einer Selbstregierung zu ermächtigen. Es muss zwar grundsätzlich zwischen bürgerlichem Staat und revolutionärer Regierung unterschieden werden, aber es sieht derzeit so aus, dass die boliviarische Regierung so sehr auf den Staat und seine Bürokratie setzt und diese mit eigenen Kadern aufgefüllt bzw. ergänzt hat, dass sie die Umgehungsversuche der Bürokratie, die Chávez einst mit den Sozialprogrammen unternahm, nicht mehr fortführt. Außerdem sind durch genau diese Maßnahmen der Regierung weitere neue bürokratische Strukturen entstanden.

Die andere Seite der Antwort sind die Menschen selbst. Sie sind nicht in der Lage dazu, die Produktion, die Selbstregierung zu übernehmen. Wie aber könnten sie dazu in die Lage gesetzt werden? Kurz gesagt durch Selbstermächtigung. An dieser Stelle beißt sich nur auf den ersten Blick die Katze in den Schwanz. Denn revolutionäre Praxis könnte stetig zur Verbesserung der Fähigkeiten der Menschen führen, wie ich es in Anlehnung an Michel Lebowitz am Anfang gesagt habe. Natürlich ist das kein Automatismus, die Widersprüche laufen durch die Person hindurch, Widerstände gegen Veränderung von Verhaltens- und somit von Praxismustern kennt vermutlich jeder von uns. So kann es und wird es und gibt es auch immer wieder Rückschläge und Sackgassen, in die die revolutionäre Praxis gerät.

Eines aber ist klar: Revolutionäre Praxis muss organisiert sein. Sie braucht eine Organisation, die das in konkreten Schritten umsetzt, was in Richtung des Fernziels der Organisation führt. Sie muss sich also schon in der Organisationsform auf dieses Ziel hin ausrichten. Das aber kann man von der PSUV als Regierungspartei in Venezuela leider nicht behaupten. Sie ist vor allem ein Kampagnenverein, dem es gelingt, für Wahlen zu mobilisieren. Gleichzeitig wird sie von oben nach unten geführt. Die führenden Parteikader sind jeweils Mitglieder der jeweiligen Exekutiven, vom Präsidenten über die Gouverneure bis hinunter zu den Bürgermeistern.

Den Staat in seinem Verhältnis zu den Venezolanern beschreibt der ehemalige Wirtschaftsminister Victor Álvarez wie folgt: „Der sozialistische Neo-Rentismus ist ein Herrschaftsmodell, das auf der Nutzung der Erdölrente basiert, um soziale Investitionen zu finanzieren und ein Klientel-Netzwerk zu schaffen, das seiner Unterstützung dient. Aufgrund des Produktivitätsrückganges und der Unfähigkeit neue Arbeitsplätze zu schaffen, verschärfte dieses Modell die Rolle des bürokratischen Staates als klientelistischer Arbeitgeber, der die Arbeitskräfte funktionalisiert und sich unterwirft. So sichert man die Herrschaft durch ein System aus Belohnungen und Bestrafungen, um sich der

Loyalität politischer Gefolgsleute zu versichern, Sympathien zwiespältiger Gruppierungen zu erkaufen und Gegner zu bestrafen oder einzuschüchtern.“

Partei und Staat sind eng verknüpft, deswegen gilt dieses angesprochene Problem explizit für die Regierungspartei. Interne Demokratie gibt bei ihr kaum, auch die Bündnispartner werden oft vor vollendete Tatsachen gestellt und Vorwahlen für wichtige Ämter nicht durchgeführt. Auch deswegen gibt es bei den anstehenden Kommunalwahlen die interessante Situation von mehreren konkurrierende Kandidaturen innerhalb des Regierungslagers. Und das auch deshalb, weil das Feld dafür durch den Wahlboykott der Opposition geöffnet ist. Den Kandidaten wird es dabei jedoch nicht leicht gemacht. So darf ein Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung, der gegen einen offiziellen PSUV-Kandidaten antreten will, um Bürgermeister zu werden, dies nach aktuellen Stand nicht tun – dagegen wird protestiert. Andere Mitglieder der Versammlung– offizielle Kandidaten der Partei – dürfen jedoch antreten.

Es gibt allerdings einige konkurrierende Kandidaturen. In Caracas beispielsweise tritt ein bekannter Intellektueller, ehemaliger Minister und Korruptionsbekämpfer gegen die offizielle Parteikandidatin an. Es ist derzeit unklar, ob diese und andere Konkurrenz-kandidaturen von der Basis der Revolution gegen PSUV-Kandidaten, die beispielsweise der Korruption und Unfähigkeit beschuldigt werden, zu einem Umdenken auf den verschiedenen Ebenen der Partei führen. Notwendig wäre, eine Kultur von Kritik und vor allem Selbstkritik zu etablieren, der Aufbau einer demokratischen Parteistruktur und eine vernünftige Diskussionskultur. Von Seiten der Regierung wird stattdessen immer wieder die Einheit betont, schließlich befinde sich Venezuela im Kampf. Der aber wird verloren, wenn die politische Praxis weiter fortgesetzt wird, wie es jetzt scheint.

7) Organisationsfrage II: Die Wirtschaft zwischen Privat und Kommunal

Entscheidend für die Zukunft wird insbesondere sein, ob Venezuela die Probleme der Wirtschaft in den Griff bekommt. Wie kann vor dem Hintergrund der kapitalistischen Produktionsweise, die in Venezuela immer noch existiert, ein Schritt in Richtung einer neuen Wirtschaftsweise getan werden und das vor dem Hintergrund der Dominanz des Ölexportes und der Wirtschaftskrise? Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Zumindest nicht so einfach, wie es sich einige Aktivisten machen, wenn sie eine breite Verstaatlichungswelle fordern.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass dies vor allem die Bürokratie und damit verbunden die Korruption und Klientelismus stärkt. Denn auch in verstaatlichten Betrieben arbeiten Menschen, auf die und deren Fähigkeiten und ihr Bewusstsein es ankommt und selbst wenn diese konkret vor Ort sich für die Arbeit qualifizieren, gibt es immer wieder Fälle, in denen staatliche Bürokraten hoffnungsvolle Ansätze zerstören. Grundsätzlich reicht es nicht, dass ein Betrieb verstaatlicht wird. Es ist für den Aufbau einer neuen, sozialistischen Produktion vieles mehr nötig. Permanente Bildung und eine Organisation, in deren Rahmen die Wirtschaft neu aufgebaut werden kann.

In den Worten von Victor Álvarez: „Die kapitalistische Ökonomie zu zerstören ohne zugleich eine effiziente sozialistische Ökonomie aufzubauen, endete damit, das Land auf dem schnellsten Weg in diesem Teufelskreis aus Knappheit, Hamsterkäufen, Spekulation und Inflation versinken zu lassen, der die ganze Bevölkerung quält. Eine echte Revolution ist ein Prozess kreativer Zerstörung: sie zerstört das alte und schlechte und ersetzt es durch neues und besseres. Aber die Bevölkerung, die heute unter Knappheit, Spekulation und Inflation leidet, ist zu dem Schluss gekommen: ‚Wenn diese Katastrophe der Sozialismus ist, bleibe ich lieber beim Kapitalismus‘. Es wird viel Zeit brauchen bis die einfachen Leute wieder an den Sozialismus als Weg hin zu einer Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Exklusion glauben.“

Es geht in Venezuela um die Organisation der Produktion, denn eine neue Wirtschaft muss organisiert werden. Auf den ersten Blick erscheint dies in Zeiten der Krise schwerer als wenn genug Geld da ist. Die Krise kann aber auch als Chance verstanden werden, endlich notwendige Schritte zu gehen. Wie könnten sie aussehen? Das ist von hier nur schwer genauer zu sagen, einige Andeutungen habe ich gemacht.

Die Organisation müsste sowohl eine politische als auch eine ökonomische sein, also eine politische Gewerkschaft oder eine, um den Aufbau von unten zu betonen, syndikalistische Partei. Ich habe deren Funktionsweise mit Bezug auf die Möglichkeiten von Kommunen und besetzten Betriebe in Venezuela einmal wie folgt beschrieben: „Gehen wir davon aus, dass die organisierten Kommunen und die kooperativ-organisierten Fabriken in Arbeiterkontrolle den Kern der neuen Gesellschaft bilden, so müsste eine Organisation in der Übergangsgesellschaft, die die neue Gesellschaft, die organisch-sozialistische, antizipiert und im Kampf gegen die alte aufbaut, diese beiden Elemente in sich vereinen. Sie müsste eine Verlaufsform schaffen, in der Arbeitskämpfe mit dem Ziel geführt werden, die bestreikten Betriebe in die neue Produktionsorganisation aufzunehmen und gleichzeitig könnten sich die bereits übernommenen Betriebe untereinander – und die organisierten Kommunen – durch Ausweitung der Gebrauchsproduktion unterstützen. Eine daraus entstehende Partei könnte den politisch-parlamentarischen Arm dieser Bewegung bilden, die verschiedenen lokalen Projekte vernetzen, das gegenseitige Lehren und Lernen organisieren und letztlich Propagandist der real sichtbaren Alternative sein. Wenn sie in dieser Weise organisch aus der alternativen Organisation der Produktion zur Entwicklung des Potentials der Menschen entsteht, kann der Gefahr begegnet werden, dass sie eigene, der Entwicklung des organischen System, der Totalität des Sozialismus entgegen stehende Interessen entwickelt und den Aufbau des selbsttätigen, den protagonistischen Sozialismus vorantreibt.“

8) Ausblick: Wie weiter im Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

Von diesem gewissermaßen idealtypischen Aufbau einer Organisation, die den Venezolanern vielleicht helfen könnte, aus dem derzeitigen Dilemma herauszukommen, sind wir weit entfernt. Allein die Idee einer Organisation reicht natürlich auch nicht aus. Sie wäre aber ein Anfang. Gleichwohl ist der Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela noch nicht am Ende. Aber die Chancen, dass Regierung und Basis weitere Schritte hin zum Fernziel beschreiten, scheinen derzeit nicht besonders groß. Die äußeren Bedingungen sind schlecht und die Regierung scheint auch nicht fähig, notwendige Schritte zu gehen, die auf den ersten Blick wie Rückschritte aussehen: Preiskontrollen aufheben, Wechselkurse freigeben wären solche Schritte.

Die Verflechtung mit dem korrupten Beamtenapparat, mit korrupten Politikern und Militärs, mit unfähigen Protagonisten in leitenden Funktionen ist so eng, dass Befreiungsschläge schwierig sind. Versuche von der Basis, die Situation zu verbessern, sich zu engagieren und die Missstände anzuprangern haben in Zeiten der Krise das Problem, das sie oft genug als Kritik der ganzen Bewegung missgedeutet werden. Dadurch steigen die einen aus dem Projekt aus und ziehen sich bestenfalls ins Private zurück während die anderen Kritik zurückhalten. Eine Kultur von solidarischer Kritik und Selbstkritik fehlt in Venezuela wie im Übrigen auch an vielen anderen Orten.

Die omnipräsente Krise, die fehlende Kritikfähigkeit wie auch die weiterhin häufigen Wahlkämpfe führen dazu, dass die Bewegung nicht innehalten kann, dass es keinen vernünftigen Dialog zwischen Regierung und Basis gibt, zumal die Regierung derzeit mit der Begleichung von Staatsschulden mehr zu tun zu haben scheint als mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft. Es geht oft genug nur noch um die Sicherung von Macht, das aber hat mit dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts nichts zu tun. Auf der anderen Seite entwickeln sich von der Basis her immer wieder

neue Initiativen, teilweise von Regierungsmitgliedern unterstützt, die dahingehend Mut machen, dass in den vergangenen 18 Jahren Samen einer neuen Gesellschaft in Venezuela ausgestreut wurden, die immer wieder keimen und wachsen. Um im Bild zu bleiben muss aber konstatiert werden, dass die Pflanzen, die entstanden sind und immer wieder entstehen, zu oft abgerissen werden.

Es scheint doch immer wieder an einigen Stellen – vor allem der Basis der Organisation – die Utopie durch, versuchen sich Venezolaner über realpolitisch konkrete Schritte auf den Weg zum Fernziel zu machen. Bei allen Schwierigkeiten, die zumindest zum Teil notwendige Schwierigkeiten beim Aufbau einer neuen Gesellschaft sind, machen diese Entwicklungen und diese Protagonisten dann doch noch Hoffnung. Und deswegen würde ich auch nicht sagen, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela am Ende ist. Der ehemalige Minister für die Kommunen, Reinaldo Iturizza, hat jüngst in einem Blogbeitrag kritisiert, wie die PSUV oppositionelle Kandidaten aus dem Lager der Chavisten behindert und zum Schluss hinzugefügt: „Es gibt keine andere Alternative als weiter zu kämpfen.“